

Wahlen in Ostdeutschland:

Was ein Blick in die Social Media-Kampagne der AfD über das kommende Koalitionsdilemma verrät

Jakob Guhl

Über dieses Papier

Am 1. September 2024 finden in den beiden ostdeutschen Bundesländern Thüringen und Sachsen Landtagswahlen statt, gefolgt von den Landtagswahlen in Brandenburg am 22. September. In diesem Report werden die Ergebnisse einer Analyse der 100 Beiträge mit den meisten Interaktionen auf lokalen Facebook-Seiten der Alternative für Deutschland (AfD) im Vorfeld dieser Wahlen vorgestellt. Der Report identifiziert die wichtigsten Themen in populären AfD-Posts und gegen wen sich die Kritik der AfD richtet; er diskutiert auch die Auswirkungen der politischen Verankerung der AfD in Ostdeutschland und das Risiko, dass dies zu instabilen Koalitionen führen könnte, die das Vertrauen in die Demokratie untergraben könnten.



Amman | Berlin | London | Paris | Washington DC

Copyright © Institute for Strategic Dialogue (2024), Institute for Strategic Dialogue (ISD) is a company limited by guarantee, registered office address 3rd Floor Albemarle Street, Mayfair, London, W1S 4JL. ISD is registered in England with company registration number 06581421 and registered charity number 1141069.

All Rights Reserved.



INHALTSVERZEICHNIS

| Wichtigste Ergebnisse |
|--|
| Politischer Hintergrund3 |
| Eine turbulente erste Jahreshälfte |
| Die Attraktivität der AfD in Ostdeutschland4 |
| Auf der Suche nach tragfähigen politischen Mehrheiten5 |
| Forschungsansatz6 |
| Auswahl der Plattform und Datenerfassung7 |
| Kodierungsansatz7 |
| Thematische Ergebnisse: Migration, Wirtschaft und Russlands Krieg als zentrale Themen 8 |
| Migration9 |
| Kampagnenarbeit10 |
| Wirtschaft und Finanzen |
| "Frieden mit Russland"11 |
| Klima und Energie |
| Staatliche Repressionen |
| COVID-1914 |
| Sonstige15 |
| Ergebnisse: Die CDU wird von der AfD als ihr wichtigster politischer Gegner angesehen . 15 |
| Ausblick und Auswirkungen17 |



Wahlen in Ostdeutschland: Was ein Blick in die Social Media-Kampagne der AfD über das kommende Koalitionsdilemma verrät

Am 1. September 2024 finden in den beiden ostdeutschen Bundesländern Thüringen und Sachsen Landtagswahlen statt, gefolgt von den Landtagswahlen in Brandenburg am 22. September. In diesem Report werden die Ergebnisse einer Analyse der 100 Beiträge mit den meisten Interaktionen auf lokalen Facebook-Seiten der Alternative für Deutschland (AfD) im Vorfeld dieser Wahlen vorgestellt. Der Report identifiziert die wichtigsten Themen in populären AfD-Posts und gegen wen sich die Kritik der AfD richtet; er diskutiert auch die Auswirkungen der politischen Verankerung der AfD in Ostdeutschland und das Risiko, dass dies zu instabilen Koalitionen führen könnte, die das Vertrauen in die Demokratie untergraben könnten.

Wichtigste Ergebnisse

- Das ISD hat 117 AfD-Seiten auf Facebook mit insgesamt 850.705 Follower*innen (sehr wahrscheinlich gibt es Überschneidungen zwischen den Follower*innen verschiedener Konten) analysiert, die durchschnittlich 8.681 Follower*innen haben. Die Anzahl der Follower*innen der einzelnen Seiten variierte erheblich und reichte von 210 bis 92.000, wobei 21 Seiten 10.000 Follower*innen oder mehr hatten. Diese 117 Seiten veröffentlichten zwischen dem 13. Juli (dem offiziellen Wahlkampfstart der AfD Sachsen) und dem 14. August 2024 2.729 Beiträge.
- Die Ablehnung der Zuwanderung war das wichtigste Thema unter den populären AfD-Beiträgen, die in der Regel Migrant*innen für hohe Kriminalitätsraten und einen gefährdeten Sozialstaat verantwortlich machten. AfD-Seiten forderten häufig die Abschiebung von Straftäter*innen in Länder wie Syrien und Afghanistan. Wirtschaftliche Fragen wie niedrige Löhne und Renten, steigende Lebenshaltungskosten und Arbeitslosigkeit waren ebenfalls häufige Themen. Ein drittes wichtiges Thema unter den populären AfD-Beiträgen waren Aufrufe zum "Frieden" mit Russland; ein gängiges Narrativ versuchte, die AfD als die einzige Partei darzustellen, die sich wirklich für den Frieden einsetzt, während Parteien, die die Ukraine unterstützen, als unverantwortliche Kriegstreiber dargestellt wurden.
- Der Beitrag mit dem höchsten Engagement (81.145 Interaktionen, verglichen mit 9.935 Interaktionen für den Beitrag mit dem zweithöchsten Engagement) bezog sich auf die Anti-Trans-Kampagne gegen die olympische Goldmedaillengewinnerin Imane Khelif. Von den übrigen Top-10-Beiträgen, die nach Interaktionen sortiert sind, bezogen sich vier auf Migration, zwei auf die Wirtschaft, zwei auf den "Frieden" mit Russland und einer auf linksextreme Gewalt.



- Die Christlich Demokratische Union (CDU) war das häufigste Ziel der Kritik in populären AfD-Beiträgen, noch vor Bündnis 90/Die Grünen (die Grünen) und der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD). Dieser Befund deutet darauf hin, dass die AfD und ihre Anhänger im Internet die CDU als ihren wichtigsten politischen Gegner und Konkurrenten in Ostdeutschland ansehen. Das neu gegründete Bündnis Sara Wagenknecht (BSW) tauchte nur zweimal in populären AfD-Beiträgen auf, wurde aber trotz einiger politischer Überschneidungen (z. B. bei ihren Positionen zu Russland) eindeutig als politischer Gegner und Teil des Establishments dargestellt.
- Die AfD und der BSW werden bei den Landtagswahlen in Thüringen und Sachsen voraussichtlich starke Ergebnisse erzielen. Wenn andere Parteien an der Tradition der "Brandmauer" festhalten und die Zusammenarbeit mit den als "erwiesen rechtsextrem" eingestuften AfD Landesverbänden verweigern, sind nie dagewesene und instabile Mehrparteienkoalitionen sehr wahrscheinlich. Darüber hinaus bleibt eine Koalition zwischen AfD und BSW trotz deutlicher Überschneidungen in Bezug auf die Ukraine derzeit unwahrscheinlich. Vorerst wird die AfD daher vermutlich keinen direkten Einfluss auf die Politikgestaltung in Thüringen und Sachsen nehmen. Langfristig können jedoch instabile Koalitionen, deren Hauptzweck darin besteht, die Tradition der Brandmauer aufrechtzuerhalten, das Vertrauen in die Leistungsfähigkeit des parlamentarischen demokratischen Systems und seine Fähigkeit, für seine Bürgerinnen und Bürger zu sorgen, untergraben.

Politischer Hintergrund

Eine turbulente erste Jahreshälfte

2024 war ein ereignisreiches Jahr für die AfD. Im Januar <u>enthüllte</u> das investigative Magazin *Correctiv* ein internes Treffen in Potsdam zwischen rechtsextremen Aktivist*innen, Vertreter*innen der AfD und wohlhabenden Spender*innen, die nationalistische Anliegen unterstützen. Bei diesem Treffen stellte Martin Sellner, Gründer der Identitären Bewegung in Österreich, seinen "Masterplan" für eine "Remigrationspolitik" vor, deren Ziel es wäre im Falle einer Machtübernahme der AfD Millionen deutscher Staatsbürger*innen ausländischer Herkunft zu vertreiben. Diese Enthüllungen führten zu großen Demonstrationen in deutschen Städten. Unter den Teilnehmer*innen an der größten deutschen Demokratiebewegung seit Jahrzehnten befanden sich auch hochrangige Politiker*innen.

Sowohl auf Bundes- als auch auf Landesebene ist die Unterstützung für die AfD nach der Untersuchung von *Correctiv* gesunken. <u>Im Januar</u> lag die Partei <u>bundesweit</u> noch bei 24 Prozent, in <u>Sachsen</u> bei 35 Prozent und in <u>Thüringen</u> bei 36 Prozent; bei den EU-Wahlen im Juni erreichte die AfD nur noch 15,9 Prozent der Stimmen. Zusätzlich zu den Protesten Anfang des Jahres wurde der Wahlkampf der Partei durch Skandale um ihren Spitzenkandidaten Maximilian Krah unterminiert, darunter <u>Vorwürfe</u> der Förderung russischer Propaganda, <u>chinesischer Spionage</u> in seinem inneren Kreis und <u>revisionistische</u> Aussagen über die Waffen-



SS. Aktuelle Umfragen sehen die Partei bundesweit zwischen 16 und 19 Prozent und in Sachsen und Thüringen jeweils um die 30 Prozent.

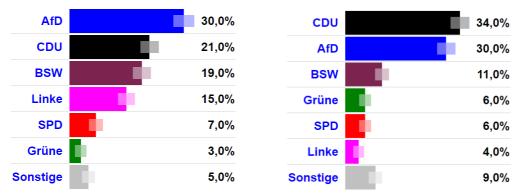


Abbildung 1: Umfragen der Forschungsgruppe Wahlen zu den bevorstehenden Landtagswahlen in Thüringen (links) und Sachsen (rechts). Daten von dawum.de (Lizenz: ODC-ODbL)

Die Attraktivität der AfD in Ostdeutschland

Die Ursachen für die Stärke der AfD in Ostdeutschland sind komplex. Studien haben eine größere Prävalenz autoritärer und fremdenfeindlicher Ansichten in Thüringen und Sachsen (sowie im benachbarten Sachsen-Anhalt) aufgezeigt. Die Prävalenz dieser Ansichten in Ostdeutschland könnte mit dem Statusverlust nach der deutschen Wiedervereinigung, der Unzufriedenheit damit wie die Demokratie im Alltag erlebt wird (trotz der überwältigenden Unterstützung für die Demokratie als Idee) und der wahrgenommenen Unfähigkeit der Bürger*innen in diesen Bundesländern, die Politik zu beeinflussen, zusammenhängen.

Die Regionen sind jedoch auch durch wirtschaftliche Missstände, einschließlich niedriger Löhne, gekennzeichnet. Obwohl die AfD Wähler*innen aus allen sozialen Schichten anzieht, unterstützen <u>eher</u> Arbeiter*innen und Arbeitslose die Partei. Ebenso <u>ist die Wahrscheinlichkeit, dass Männer</u> die AfD wählen, <u>wesentlich größer</u> als die von Frauen: Die <u>Abwanderung junger Frauen in die westlichen Bundesländer</u> nach der deutschen Wiedervereinigung hat in Ostdeutschland zu einem Ungleichgewicht zwischen den Geschlechtern geführt, insbesondere in ländlichen Gebieten. Auch die Ablehnung von COVID-19-Maßnahmen, die in Ostdeutschland (insbesondere in Sachsen) <u>auf größere Skepsis</u> stößt, unterscheidet die AfD von ihren Konkurrent*innen. Schließlich profitiert die AfD von der <u>weit verbreiteten Ablehnung</u> der militärischen Unterstützung der Ukraine in Ostdeutschland.

Frühere Wahlerfolge haben es der AfD ermöglicht, das Image einer Partei zu kultivieren, die sich vorrangig für die Interessen der Menschen in Ostdeutschland einsetzt - eine Rolle, die früher von der Partei Die Linke, der Nachfolgepartei der kommunistischen Staatspartei Sozialistische Einheitspartei Deutschlands (SED), übernommen wurde. Die AfD versucht aus der Unzufriedenheit jener ostdeutscher Wähler*innen Kapital zu schlagen, die glauben dass andere Parteien vorrangig Geld für Geflüchtete und Migrant*innen, die Ukraine, den



Umweltschutz, Minderheitenrechte und die europäische Integration ausgeben, anstatt die Interessen der "normalen Bürger" oder lokaler Unternehmen zu verteidigen.

Der Erfolg der thüringischen und sächsischen AfD-Landesverbände ist vor allem vor dem Hintergrund der laufenden Ermittlungen des Verfassungsschutzes bemerkenswert. Seit 2019 prüft der Verfassungsschutz, ob Gruppierungen innerhalb der AfD und ihrer Jugendorganisation als extremistisch eingestuft werden können (d. h. ob ihre politischen Ziele dem Grundgesetz widersprechen). In den folgenden vier Jahren wurden drei Landesverbände der AfD - darunter die beiden Landesverbände Thüringen und Sachsen - und die Junge Alternative als "erwiesen rechtsextreme" Organisationen eingestuft, während die Bundespartei unter Beobachtung gestellt wurde.

Auf der Suche nach tragfähigen politischen Mehrheiten

Debatten darüber, wie die politischen Parteien in den ostdeutschen Bundesländern auf die steigende Popularität der AfD reagieren sollten, sind nicht neu. Im Jahr 2020 wurde Thomas Kemmerich von der liberalen Freien Demokratischen Partei (FDP) mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und AfD kurzzeitig zum Ministerpräsidenten von Thüringen gewählt. Dies löste eine große landesweite Kontroverse aus, da es mit der Tradition brach, die Zusammenarbeit mit den Rechtsextremen zu verweigern (die sogenannte "Brandmauer" oder der Cordon sanitaire). Einige Tage später trat Kemmerich von seinem Amt zurück. Schließlich wurde eine Minderheitsregierung unter der Führung des derzeitigen Ministerpräsidenten Bodo Ramelow (Die Linke) gebildet.

Fünf Jahre später könnte der Aufstieg des Bündnisses Sahra Wagenknecht (BSW), das derzeit in Thüringen bei rund 19 Prozent und in Sachsen 11 Prozent der Stimmen liegt, die Lage weiter verkomplizieren. Das BSW, das im Januar 2024 von der ehemaligen Abgeordneten der Partei Die Linke, Sahra Wagenknecht, gegründet wurde, verbindet die Einwanderungsskepsis und eine Ablehnung von "Wokeness" mit linken wirtschaftlichen Positionen und kremlfreundlichen Ansichten zur Außenpolitik. Wagenknecht ruft zu Friedensverhandlungen mit Moskau auf, macht die NATO für den Krieg in der Ukraine verantwortlich und fordert ein Ende der westlichen Sanktionen gegen Russland. Aus Dokumenten, die 2023 aufgedeckt wurden, geht hervor, dass der Kreml versucht, die AfD und Wagenknecht zu unterstützen, um eine breite Koalition gegen die deutsche Unterstützung für die Ukraine zu bilden.

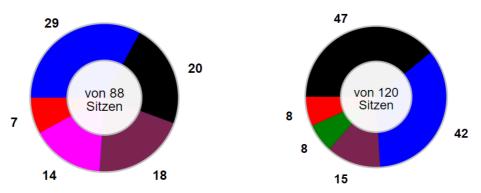


Abbildung 2: Voraussichtliche Sitzverteilung in den Landtagen von Thüringen (links) und Sachsen (rechts) nach den kommenden Landtagswahlen, basierend auf den Umfragen der Forschungsgruppe Wahlen. Daten von dawum.de (Lizenz: ODC-ODbL)

Die zu erwartende Ergebnisse für die AfD und den BSW in Sachsen und Thüringen und die Erosion der Mitte machen noch nie dagewesene und wahrscheinlich nicht tragfähige Mehrparteienkoalitionen unausweichlich. In Sachsen wird die AfD nach <u>aktuellen Prognosen</u> hinter der CDU von Ministerpräsident Michael Kretschmer auf Platz zwei landen. Der Einzug der SPD, der Grünen und der FDP (welche die derzeitige Bundesregierung bilden) sowie der Partei Die Linke in den Landtag ist jedoch nicht garantiert, so dass eine CDU-BSW-Koalition die einzige Option zur Bildung einer Mehrheitskoalition ohne die AfD bleiben könnte.

In Thüringen wird die AfD <u>voraussichtlich</u> die stärkste Partei <u>werden</u>. Die Bildung einer Mehrheitskoalition erfordert daher möglicherweise ein noch breiteres und ideologisch instabileres Bündnis oder eine Minderheitsregierung. Selbst eine CDU-BSW-SPD-Koalition hätte möglicherweise keine Mehrheit, und eine Koalition zwischen Die Linke und einem ostdeutschen CDU-Landesverband erscheint angesichts der <u>historischen Wurzeln</u> der Partei Die Linke in der SED äußerst unwahrscheinlich.

Forschungsansatz

Dieser Bericht analysiert die wichtigsten Themen und Ziele der Social-Media-Aktivitäten der AfD auf Facebook. Der Zweck dieser Analyse ist es, Einblicke in die wichtigsten Narrative zu geben, die von der AfD im Vorfeld der Landtagswahlen in Thüringen und Sachsen verwendet wurden, insbesondere in Bezug auf die Themen, welche die Partei vorrangig zur Mobilisierung der Wähler*innen einsetzt und wen sie als ihren wichtigsten politischen Gegner ansieht. Da die Inhalte gefiltert wurden, um die Inhalte mit den meisten Interaktionen zu identifizieren, bieten die Ergebnisse zusätzlich Einblicke in die Interessen der digitalen Zielgruppen, die AfD-Inhalte konsumieren und sich mit ihnen auseinandersetzen.

In den folgenden Abschnitten werden die Auswahl der Plattform, die Datenerhebung und der Kodierungsansatz beschrieben.



Auswahl der Plattform und Datenerfassung

Die AfD-Politiker*innen in Sachsen und Thüringen haben in ihren Landtagswahlkämpfen bisher am konsequentesten Facebook genutzt, um ihr Online-Publikum zu erreichen. Während es auf YouTube, Instagram, X (ehemals Twitter) und TikTok AfD-Accounts mit erheblicher Reichweite gibt, nutzten einige AfD-Schlüsselfiguren aus den beiden ostdeutschen Bundesländern diese Plattformen entweder nicht, hatten fast keine Reichweite oder waren inaktiv.

Die ISD-Forscher*innen nutzten Crowdtangle, ein Software-Tool von Meta, das die Analyse der Beiträge von öffentlichen Seiten und Gruppen auf Facebook ermöglichte; es wurde von dem Unternehmen im August abgeschaltet. Über Crowdtangle lud das ISD alle 2.729 Beiträge einer Liste von 117 Facebook-Seiten herunter, darunter Seiten von AfD-Politiker*innen und -Parteien in Thüringen und Sachsen zwischen dem 13. Juli (dem offiziellen Wahlkampfauftakt der AfD Sachsen) und dem 14. August 2024 (dem Tag, an dem Crowdtangle abgeschaltet wurde). Eine Stichprobe der 100 Beiträge mit den meisten Interaktionen wurde dann qualitativ analysiert, um Schlüsselthemen zu ermittelnⁱ.

Diese Seiten hatten insgesamt 850.705 Follower*innen (obwohl es wahrscheinlich Überschneidungen zwischen den Follower-Konten gibt), wobei die Anzahl der Follower*innen zwischen 210 und 92.000 lag. Die durchschnittliche Anzahl der Follower*innen betrug 8.681. 21 Seiten hatten 10.000 Follower*innen oder mehr.

Kodierungsansatz

Bei der Durchsicht der gesammelten Beiträge ordneten die ISD-Analyst*innen dem Inhalt induktiv Themen zu. Wann immer neue thematische Kategorien hinzukamen, welche die zuvor festgelegten Kategorien in Frage stellten, wurden alle bereits kodierten Beiträge erneut überprüft, um sicherzustellen, dass sie immer noch angemessen gekennzeichnet waren. So entstand ein iterativer Prozess zwischen der Analyse des Inhalts und der Identifizierung von Themen.

Die wichtigsten Themen, die dabei ermittelt wurden, waren:

- 1) Migration,
- 2) Wahlkampf (d. h. Beiträge, in denen die Unterstützung für die AfD zum Ausdruck gebracht wird, ohne dass politische Ideen oder Maßnahmen erörtert werden),
- 3) Wirtschaft und Finanzen,
- 4) "Frieden mit Russland" (d. h. Beiträge, die sich gegen eine Unterstützung der Ukraine oder eine militärische Abschreckung gegen Russland aussprechen oder für eine diplomatische Beendigung des Konflikts plädieren, die mit großen Zugeständnissen der Ukraine zugunsten Russlands verbunden wäre),
- 5) Klima und Energie,
- 6) Angebliche staatliche Repressionen,
- 7) COVID-19.



Die meisten Beiträge wurden einem Thema zugeordnet, einige jedoch mehreren: Ein AfD-Beitrag, in dem behauptet wird, die CDU habe Deutschland wegen ihrer Haltung zur Migration, zur Unterstützung der Ukraine und zur Klimapolitik im Stich gelassen, wäre beispielsweise als "Migration, Klima und Energie" und "Frieden mit Russland" gekennzeichnet worden.

Ebenfalls hielten die ISD-Analyst*innen auch fest, welche politischen Parteien oder Politiker*innen das Ziel der Kritik der AfD-Posts waren. Dies sollte Aufschluss darüber geben, wen die AfD-Konten als ihre wichtigsten politischen Gegner und als wirksame Ziele für die Wählermobilisierung ansehen.

Thematische Ergebnisse: Migration, Wirtschaft und Russlands Krieg als zentrale Themen

Die Migration war das wichtigste Thema, das in den populären AfD-Beiträgen diskutiert wurde, gefolgt von Beiträgen, die sich mit allgemeinen Wahlkampfthemen, Wirtschafts- und Finanzfragen, dem "Frieden mit Russland", der Klima- und Energiepolitik, angeblicher staatlicher Repression und der COVID-19-Pandemie befassten (siehe Abbildung 1). 15 Prozent der analysierten Beiträge befassten sich jedoch zumindest teilweise auch mit weniger prominenten Themen (eine genauere Aufschlüsselung findet sich im Abschnitt "Sonstige").

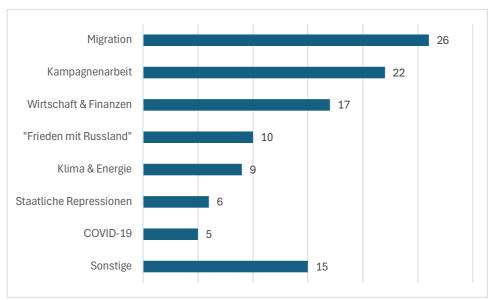


Abbildung 3: Die häufigsten Themen in den populären AfD-Beiträgen. Da einigen Beiträgen mehr als ein Thema zugeordnet wurde, übersteigt die Summe dieser Kategorien 100.

Der Beitrag mit dem höchsten Engagement (81.145 Interaktionen im Vergleich zu 9.935 Interaktionen für den Beitrag mit den zweitmeisten Interaktionen und 3.981 Interaktionen im Durchschnitt für alle 100 Beiträge) zitierte eine Boxerin, die sagte, dass Männer nicht an Frauenboxwettbewerben teilnehmen sollten. Auch wenn dies nicht ausdrücklich erwähnt wird, sollte dieser Beitrag im Zusammenhang mit der Kampagne gegen die olympische



Goldmedaillengewinnerin Imane Khelif gesehen werden, die ohne Beweise beschuldigt wurde, ein Mann zu sein, der an Frauenboxwettbewerben teilnimmt.

Von den verbleibenden Top-10-Beiträgen, sortiert nach der höchsten Anzahl von Interaktionen, betrafen vier die Massenmigration und die Forderung nach Abschiebung nach Syrien und Afghanistan, zwei die Wirtschaft, einer den "Frieden mit Russland" und einer die Untätigkeit des Staates angesichts der linksextremen Gewalt.

75 Prozent der Beiträge konzentrierten sich auf Sachsen und Thüringen und nicht auf bundesweite Themen - ein weitaus höherer Prozentsatz als auf der nationalen AfD-Facebook-Seite. Die Ergebnisse des ISD zeigen, dass die regionalen Parteiseiten das höchste Engagement mit Beiträgen erhielten, die eine Mischung aus AfD-Kernthemen wie Zuwanderung in Kombination mit spezifischen Sorgen der Wähler*innen in Sachsen wie wirtschaftliche Unsicherheit enthielten. Hervorzuheben ist, dass viele der Themen, die in den Beiträgen mit hohem Engagement angesprochen wurden, wie etwa die Außenpolitik, auf Bundesebene behandelt werden; umgekehrt wurden die Bildungspolitik und andere Themen, die auf Landesebene entschieden werden, im Allgemeinen nicht in hohem Maße berücksichtigt.

In den folgenden Abschnitten werden die Ergebnisse der thematischen Analyse ausführlicher dargestellt.

Migration

Das prominenteste Thema in den populären Posts der AfD-Seiten auf Facebook seit Beginn des Landtagswahlkampfes war die Migration. In den Beiträgen wurde häufig behauptet, dass die Zuwanderung zu einem Anstieg der Kriminalitätsrate geführt und die Deutschen unsicherer gemacht habe. So behauptete eine AfD-Seite, dass Deutsche aufgrund von Sexualund Gewaltdelikten durch Ausländer*innen keine öffentlichen Schwimmbäder mehr benutzen könnten. In anderen Beiträgen behaupteten AfD-Seiten, dass die Migration den deutschen Sozialstaat "zerstöre".

Solche Beiträge waren häufig mit der Forderung nach Abschiebung von Straftätern verbunden, auch nach Syrien und Afghanistan. Die AfD griff auch die CDU an, weil sie angeblich "Ausreden" erfände, um solche Abschiebungen zu verhindern. In zwei Beiträgen wurde die "Remigration" gefordert, ein Begriff, der von der rechtsextremen Identitären Bewegung verwendet wird. In den Posts, in denen zur Abschiebung/Remigration aufgerufen wurde, waren regelmäßig Flugzeuge abgebildet, als Symbol für das Verkehrsmittel, mit dem die AfD hofft, Ausländer*innen aus Deutschland vertreiben zu können.

Auf den Seiten der AfD wurde die Ablehnung der Migration überwiegend mit der ethnischen oder nationalen Herkunft und nicht mit der Religion begründet. Während sich die Ablehnung der Migration häufig auf Länder mit muslimischer Mehrheit bezog, wurde nur in einem Beitrag islamistischer Extremismus erwähnt und in keinem Beitrag wurden der Islam oder Muslime direkt erwähnt. Zwei Beiträge zeigten Plakate mit dem Slogan "Damit Zwickau [Stadt in Sachsen] nicht so wird wie Mannheim". Der Slogan bezieht sich auf den mutmaßlich



<u>islamistisch-extremistischen Anschlag</u> in Mannheim am 31. Mai 2024, bei dem der Anti-Islam-Aktivist Michael Stürzenberger verletzt und ein Polizist getötet wurde.

Die AfD vertritt seit langem <u>islamfeindliche Positionen</u>, unter anderem durch den Vorsitzenden des Thüringer Landesverbandes der Partei, <u>Björn Höcke</u>. Allerdings gibt es in innerhalb der AfD eine erhebliche Debatte über den angemessenen Umgang mit dem Islam und den Muslimen. Während einige argumentieren, dass der Islam und die Muslime mit den liberalen westlichen Werten unvereinbar sind, glauben andere, dass der Liberalismus der Kern der deutschen Probleme ist, und unterstützen begrenzte Bündnisse mit konservativen Muslimen gegen gemeinsame politische Gegner.



Abbildung 4: Eine Reihe von Facebook-Posts der AfD.

Kampagnenarbeit

Etwas weniger als ein Viertel der AfD-Beiträge konzentrierte sich in erster Linie auf die Werbung für die Partei und ihre Kandidat*innen für die bevorstehenden Landtagswahlen, ohne politische Ideen oder Maßnahmen zu betonen. Diese Beiträge riefen die Wähler*innen entweder dazu auf, beide Stimmen für die AfD zu verwenden, zitierten ermutigende Umfrageergebnisse, kündigten bevorstehende Parteiveranstaltungen an oder hoben Schlüsselkandidaten wie Höcke hervor.





Abbildung 5:: AfD-Facebook-Posts.

Wirtschaft und Finanzen

Das drittwichtigste Thema war der Zustand der Wirtschaft und Finanzfragen. Parteiseiten und Politiker*innen warfen den thüringischen und sächsischen Landesregierungen sowie der Bundesregierung vor, die deutsche Wirtschaft zu "zerstören". In den Beiträgen wurde häufig argumentiert, dass dies nicht nur an mangelnder wirtschaftlicher Kompetenz liege, sondern dass es einen Konflikt zwischen rationaler Wirtschaftspolitik und "ideologischen" Projekten wie der Klimapolitik und der Unterstützung für die Ukraine gebe. In den Beiträgen der AfD wurde häufig versucht, die negativen Auswirkungen dieser ideologischen Politik auf die Bürger*innen in Thüringen und Sachsen hervorzuheben, wie etwa niedrigere Löhne, niedrigere Renten und höhere Arbeitslosigkeit.



Abbildung 6: Facebook-Posts der AfD.

"Frieden mit Russland"

Ein weiteres zentrales Thema der populären Beiträge von AfD-Seiten war die Ablehnung der deutschen und westlichen Unterstützung für die Ukraine im Kampf gegen die russische Militärinvasion. 10 Prozent aller analysierten Beiträge brachten den Wunsch der AfD zum Ausdruck, stattdessen "Frieden" mit Russland zu schließen; einige versuchten, die Angst zu schüren, dass eine Unterstützung der Ukraine zu einem Atomkrieg mit Russland führen würde.



In einer Reihe von AfD-Posts wurden CDU-Politiker*innen, darunter der sächsische Ministerpräsident Kretschmer, wegen ihrer Unterstützung für die Ukraine (obwohl Kretschmer in Wirklichkeit Verhandlungen mit Russland und Kürzungen der Militärhilfe für die Ukraine gefordert hat) und für die Stationierung von Atomwaffen in Deutschland zur Abschreckung Russlands kritisiert. In einem Beitrag wurde der Slogan "Wer CDU wählt, wählt den Krieg" verwendet, eine Anspielung auf die kommunistische Parole von 1932 "Wer Hitler wählt, wählt den Krieg". In einem anderen Post der AfD wurde ein Zusammenhang zwischen dem gescheiterten Attentat auf den US-Präsidentschaftskandidaten Donald Trump und seiner Haltung zu diesem Konflikt hergestellt, indem behauptet wurde, dass "Friedenspolitiker leben gefährlich".



Abbildung 7: AfD-Facebook-Posts.

Klima und Energie

Beiträge zum Thema Klimawandel und Energiepolitik machten einen ähnlichen Anteil des analysierten Datensatzes aus (neun Prozent). Seit Jahren ist der Widerstand gegen die Klimapolitik ein zentrales Thema für die AfD. Sie ist die einzige große Partei in Deutschland, die eine signifikante Anzahl von Politiker*innen und Anhänger*innen umfasst, die dem wissenschaftlichen Konsens zum Klimawandel skeptisch gegenüberstehen.

In den Beiträgen der AfD wurden sowohl die wahrscheinlichen Folgen des Klimawandels als auch der Beitrag des Menschen zu diesem Wandel in Frage gestellt. Darüber hinaus argumentierten sie, dass die zur Bekämpfung des Klimawandels vorgeschlagene grüne Politik



für Thüringen und Sachsen wirtschaftlich schädlich wäre. Ihre Ablehnung solcher Maßnahmen wird oft mit der Verteidigung der Interessen der "normalen Bürger" und kleiner Unternehmen gegen liberale, städtische Eliten begründet, die keinen Bezug zu den lokalen Gegebenheiten in ländlichen Gebieten haben.



Abbildung 8: AfD-Facebook-Posts.

Staatliche Repressionen

Eine kleinere Gruppe von populären Beiträgen von AfD-Seiten warf staatlichen Institutionen den Einsatz autoritärer, illegitimer und möglicherweise illegaler Mittel vor, um den Aufstieg der Partei zu bekämpfen.

Beiträge kritisierten Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) für das Verbot des rechtsextremen Compact-Magazins im Juli 2024. Afd Afd bezeichneten das Verbot als "Angriff auf die Meinungsfreiheit" und nannten Faeser eine "Verfassungsfeindin". Politische Gegner als verfassungsfeindlich darzustellen ist zu einem zentralen Thema der Afd-Kommunikation geworden, seit der Verfassungsschutz untersucht, ob Gruppen innerhalb der Partei als extremistisch eingestuft werden können. In ähnlichen Beiträgen wurde argumentiert, dass Claus Schenk Graf von Stauffenberg, ein prominenter Wehrmachtsoffizier, der in ein Attentat auf Adolf Hitler verwickelt war und ein Symbol des Widerstands unter dem Nazi-Regime war, heute als extremistisch eingestuft und vom deutschen Inlandsgeheimdienst untersucht würde. Mit solchen Beiträgen versucht die Afd zu behaupten, der politische Diskurs habe sich so weit nach links verschoben, dass selbst historische Persönlichkeiten, die ein hohes Ansehen genießen, als extremistisch gebrandmarkt würden.



Abbildung 9: AfD-Facebook-Posts.

COVID-19

Eine Reihe von AfD-Beiträgen befasste sich mit der COVID-19-Pandemie. Zentrales Thema dieser Beiträge waren COVID-19-bezogene Akten des Robert Koch-Instituts (RKI), die zentrale Einrichtung der Bundesregierung für Krankheitsüberwachung und –prävention, die im Juli 2023 veröffentlicht wurden. Diese Dokumente haben zu einer erheblichen öffentlichen Debatte über angebliche politische Eingriffe in die Unabhängigkeit des RKI geführt. Beiträge der AfD, die die Sperr- und Impfpolitik der Regierung stark kritisiert hatte, behaupteten, sie würden das "Unrecht" und die "Lügen" über die COVID-19-Pandemie untersuchen, wenn sie an der Macht wären.



Abbildung 10: AfD-Facebook-Posts.



Sonstige

Die übrigen beliebten Beiträge der AfD-Seiten enthielten weniger häufig wiederkehrende Themen, darunter drei Beiträge gegen LGBTQ+ Community. Diese Zahl mag zwar gering erscheinen, aber darunter befand sich auch der Beitrag über das olympische Frauenboxen, der mit Abstand die meisten Interaktionen im gesamten Datensatz erhielt (siehe oben).

In drei Beiträgen wurde linksextreme Gewalt gegen die AfD beklagt, während "die Medien" ebenfalls in drei Beiträgen angegriffen wurden.



Abbildung 11: AfD-Facebook-Posts.

Die folgenden Themen wurden jeweils in einem einzigen Beitrag behandelt:

- Kriminalität ohne Bezug zur Migration
- Feminismus
- Die progressive NGO Campact
- Familienpolitik
- Bildungspolitik
- Unterstützung der direkten Demokratie durch Referenden

Ergebnisse: Die CDU wird von der AfD als ihr wichtigster politischer Gegner angesehen

Im gesamten Datensatz der AfD-Beiträge auf Facebook wurden Personen oder politische Maßnahmen, die mit der CDU in Verbindung stehen, am häufigsten angegriffen (36 Prozent), gefolgt von den Grünen (19 Prozent) und der SPD (16 Prozent). Die Hälfte der Top-10-Posts mit der höchsten Anzahl an Interaktionen kritisierte die CDU, verglichen mit drei gegen die Grünen und zwei gegen die SPD.



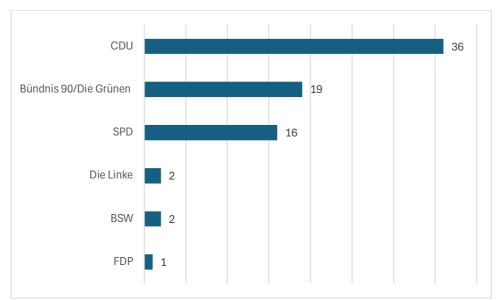


Abbildung 12: Die häufigsten Ziele der Kritik an AfD-Posts auf Facebook. Nicht alle Beiträge kritisierten den politischen Gegner, so dass die Gesamtzahl hier unter 100 liegt.

Dieser Befund ist bemerkenswert, da die Grünen <u>im Allgemeinen</u> als der wichtigste ideologische Gegner der AfD angesehen werden. Der hohe Stellenwert der CDU in den AfD-Posts könnte auf die Tatsache zurückzuführen sein, dass die CDU laut Umfragen sowohl in Thüringen als auch in Sachsen ihr stärkster Konkurrent ist. Außerdem könnte die langjährige Dominanz der CDU in Sachsen, wo sie <u>seit 1990 ununterbrochen regiert</u>, ein Faktor sein. In den Beiträgen wurde der CDU häufig vorgeworfen, zu liberal geworden zu sein: hier wurde die CDU auch in Bezug auf Themen wie Transrechte, das Verbot des rechtsextremen Vereins Compact oder den Klimaschutz kritisiert - Themen, die eigentlich eher mit den Grünen und der SPD in Verbindung gebracht werden.





Abbildung 13: AfD-Facebook-Posts.

Die Linke (drei Beiträge) und der BSW (zwei Beiträge) wurden in populären Beiträgen von AfD-Seiten kaum erwähnt. In den beiden Fällen, in denen das BSW kritisiert wurde, versuchte die AfD, die neu gegründete Partei als Teil des politischen Establishments darzustellen, die eher Kontinuität als Veränderung verspricht. In einem Post wurde das BSW als trojanisches Pferd bezeichnet, das die Wähler*innen täuscht und insgeheim Koalitionen mit der Partei Die Linke und der CDU plant; im anderen Post wurde die BSW als "nächste (Brand-)Mauerpartei"



bezeichnet. Dies bezieht sich sowohl auf den Ursprung der Partei Die Linke (die aufgrund ihrer Wurzeln in der 1990 aufgelösten SED manchmal als "Mauerpartei" bezeichnet wird) als auch auf die Behauptung, dass das BSW Teil der "Brandmauer" gegen die AfD werden würde.





Abbildung 14: AfD Facebook Posts.

Ein ähnliches Muster zeigt sich, wenn man analysiert, welche Politiker*innen in AfD-Beiträgen am häufigsten kritisiert wurden. Ministerpräsident Kretschmer (CDU) wurde in 15 Beiträgen kritisiert, gefolgt von Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD, 6 Beiträge) und EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen (4 Beiträge). Hervorzuheben ist, dass drei Beiträge zum Thema Migration und Unterstützung der Ukraine, die von der Leyen kritisieren, zu den zehn Beiträgen mit den meisten Interaktionen gehörten.

Ministerpräsident Ramelow wurde dagegen nur in einem einzigen AfD-Beitrag kritisiert. Andere hochrangige Landespolitiker*innen wie Bundesfinanzminister Christian Lindner (FDP) oder Bundesverteidigungsminister Boris Pistorius (SPD) wurden in populären Posts von AfD-Seiten entweder gar nicht oder überraschend selten erwähnt. Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD), Bundesaußenministerin Annalena Baerbock (Grüne) und BSW-Chefin Sahra Wagenknecht wurden nur einmal genannt, Vizekanzler und Bundesminister für Wirtschaft und Klima Robert Habeck (Grüne) zweimal und CDU-Chef und Oppositionsführer Friedrich Merz dreimal.

Neben diesen direkten Angriffen auf politische Parteien kritisierte die AfD in ihren Beiträgen auch die Bundesregierung (zehn Beiträge), die Landesregierungen (zwei Beiträge) oder "die Regierung" (14 Beiträge). Sechs Beiträge griffen die sogenannten "Altparteien" an, eine abschätzige Bezeichnung, mit der die AfD-Anhänger*innen die CDU, FDP, SPD, Grüne und Die Linke zusammenfassen.

Ausblick und Auswirkungen

Die Analyse der beliebtesten Inhalte der AfD auf Facebook seit Beginn ihrer Landtagswahlkämpfe zeigt, dass die Partei in opportunistischer Weise Kernthemen wie Zuwanderung mit weiter gefassten außenpolitischen Zielen wie dem Wunsch, um jeden Preis Frieden mit Russland zu schließen, und regional bedeutsamen Themen wie wirtschaftlichen Anliegen verbindet. Auf ihren Facebook-Seiten argumentiert die Partei, dass es einen



Nullsummenspiel zwischen den demografischen, wirtschaftlichen und sicherheitspolitischen Interessen der "normalen Bürger" und der ideologisch geprägten Unterstützung von Multikulturalismus und Vielfalt, Maßnahmen zur Eindämmung des Klimawandels und der Militärhilfe für die Ukraine gibt.

Trotz der Einstufung der Landesverbände in Thüringen und Sachsen als extremistisch durch die jeweiligen Landesverfassungsschutzbehörden hat sich die AfD in beiden Bundesländern verankert und wird voraussichtlich an ihre guten Ergebnisse bei den Landtagswahlen 2019 anknüpfen können. Der Aufstieg der AfD und des BSW in den Umfragen wird es zunehmend schwieriger machen, Koalitionen ohne beide zu bilden. Dies wird eine echte Bedrohung für die "Brandmauer" darstellen, die bisher Koalitionen zwischen den etablierten politischen Parteien und der AfD verhindert hat.

Einige namhafte Kommentatoren argumentieren bereits dafür, dieses Tabu zu brechen: Der prominente Kolumnist Alan Posener plädierte in einem Beitrag in der "Welt" dafür, dass die CDU auf Landesebene Koalitionen mit der AfD eingehen sollte, um die rechtsextreme Partei zu "entmystifizieren". Laut einer aktuellen Umfrage sind 45 Prozent der CDU-Wähler*innen bundesweit der Meinung, dass ihre Partei eine Zusammenarbeit mit der AfD in Ostdeutschland nicht ausschließen sollte. Auf lokaler Ebene scheint die Brandmauer noch durchlässiger zu sein: Ende März stimmte der Dresdner Stadtrat mit den Stimmen von CDU und FDP einem AfD-Antrag zu, Geflüchteten Lebensmittelgutscheine statt Bargeld auszuhändigen.

Während die Grünen oft als der zentrale politische Gegner der AfD angesehen werden, deuten unsere Ergebnisse darauf hin, dass die AfD und ihre Anhänger*innen im Internet die CDU als ihr Haupthindernis für einen noch größeren Einfluss in der ostdeutschen Politik sehen. Einige CDU-Parteimitglieder und Kommentator*innen mögen davon träumen, die Brandmauer zwischen sich und der AfD zu durchbrechen. Die AfD selbst stellt die CDU jedoch als kriegstreiberischen, einwanderungsfreundlichen und allzu liberalen politischen Gegner dar, der besiegt werden muss, und nicht als potenziellen Verbündeten.

Auch wenn die BSW auf den hier analysierten Seiten der AfD kein herausragendes Thema war, wird sie eindeutig als politische Bedrohung gesehen, die das Überleben des politischen Systems verlängern könnte. Trotz Überschneidungen in der Ukraine-Politik bleibt eine Koalition zwischen AfD und BSW vorerst unwahrscheinlich. Gleichzeitig ist es alles andere als offensichtlich, dass das BSW wirklich Teil der Brandmauer gegen die AfD werden wird. In einem Interview plädierte Wagenknecht für Pragmatismus gegenüber der AfD; lokale BSW-Politiker, so argumentierte sie, sollten Vorschläge der AfD von Fall zu Fall bewerten und möglicherweise unterstützen. Es ist kaum vorstellbar, dass Wagenknechts alte Partei, Die Linke, jemals eine ähnliche Position eingenommen hätte.

Im Moment ist es unwahrscheinlich, dass rechtsextreme Parteien direkten Einfluss auf die Politikgestaltung in Thüringen und Sachsen nehmen werden. Zunehmend widersprüchliche Koalitionen, die nur dazu dienen, die Rechtsextremen von der Macht fernzuhalten, können jedoch die Politik lähmen und das Vertrauen in die Fähigkeit des parlamentarischen Systems



untergraben, etwas für die Bürger*innen zu leisten. Die Tendenz ist klar: Die Erosion der politischen Mitte stellt eine langfristige Bedrohung für das Überleben der liberalen Demokratie im Herzen Europas dar.

¹ Interaktionen sind die Summe der Reaktionen, Kommentare und Freigaben, die ein Beitrag erhält.

^{II} Björn Höcke <u>kündigte 2018 an</u>, dass die AfD nach der Machtübernahme "die Direktive ausgeben, dass am Bosporus mit den drei großen M – Mohammed, Muezzin und Minarett – Schluss ist."

iii Zum Zeitpunkt der Abfassung dieses Berichts haben die deutschen Gerichte das Compact-Verbot vorläufig gestoppt. Die Begründetheit des Verbots wird noch eingehender geprüft, um sicherzustellen, dass es in einem angemessenen Verhältnis zu der von Compact ausgehenden Bedrohung steht und die Pressefreiheit nicht unnötig beeinträchtigt.



Amman | Berlin | London | Paris | Washington DC

Copyright © Institute for Strategic Dialogue (2024), Institute for Strategic Dialogue (ISD) is a company limited by guarantee, registered office address 3rd Floor Albemarle Street, Mayfair, London, W1S 4JL.ISD is registered in England with company registration number 06581421 and registered charity number 1141069.

All Rights Reserved.